

Hambacher Wald: Retten statt Roden!

Der Hambacher Wald ist ein 12.000 Jahre alter Wald, der durch die geplante Erweiterung des Braunkohletagebaus Hambach durch den Energiekonzern RWE akut in seiner Existenz gefährdet ist. Er ist ein einzigartiger Natur- und Lebensraum für zahlreiche vom Aussterben bedrohte Arten. Darüber hinaus ist der Hambacher Wald in den vergangenen Jahren zu einem Symbol der Klimagerechtigkeitsbewegung geworden. Seine geplante Rodung ist Ausdruck einer rückwärtsgewandten, den Interessen von zukünftigen Generationen entgegengesetzten Energiepolitik der Regierung.

Vor diesem Hintergrund verurteilen die im Deutschen Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbände und Jugendringe die durch das Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung herbeigeführte Zuspitzung des Konflikts um den Hambacher Wald in den vergangenen Monaten. Noch während die seit Juni von der Bundesregierung eingesetzte „Kohlekommission“ über mögliche Szenarien für einen schnellen und sozialverträglichen Kohleausstieg berät, wurden im Hambacher Wald rodungsvorbereitende Maßnahmen durchgeführt und sollten so vorzeitig Fakten zur Erweiterung des Kohleabbaus geschaffen werden. Die entsprechende Weisung der Landesregierung (genauer: das Bauministerium NRW) werten wir als direkte Unterstützung für den Energiekonzern RWE. Die zahlreichen und vielfältigen Proteste, sowohl vor Ort als auch durch unzählige bundesweite und selbst internationale Solidaritätsbekundungen für den Erhalt des Waldes und gegen den Abbau von klimaschädlicher Braunkohle, bei denen sich vor allem auch viele junge Menschen engagieren, wurden dabei gezielt außer Acht gelassen. Das besonders von RWE und der Landespolitik forcierte Gegeneinanderausspielen von Umwelt- und Arbeitnehmer*innen-Interessen lehnen wir entschieden ab.

Wir begrüßen den durch eine Klage des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gerichtlich erwirkten vorläufigen Rodungsstopp und fordern einen dauerhaften Rodungsstopp im Hambacher Wald, um diesen einzigartigen Natur- und Lebensraum zu erhalten. Von der Landes- und Bundesregierung fordern wir, den Willen einer breiten Mehrheit der Bevölkerung zum Erhalt des Hambacher Waldes und für einen schnellen und sozialverträglichen Kohleausstieg zu respektieren und diesen nicht den Profitinteressen eines Konzerns unterzuordnen. Gerade für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik – so wie in der DBJR-Position „Den Klimawandel sofort bremsen“ dargelegt – voranzutreiben, die für junge Menschen und zukünftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und ein friedliches Zusammenleben sichert.

In diesem Sinne fordern wir von der Kohlekommission, bis Ende 2018 ein ambitioniertes und sozialverträgliches Szenario für einen schnellen Kohleausstieg vorzulegen, welches die Bundesregierung dann unverzüglich umsetzt und somit die geplante Rodung des Hambacher Waldes überflüssig macht. In diesem Zuge gilt es auch, die geplanten Erweiterungen der Braunkohletagebaue in Hambach und anderen Regionen sofort zu stoppen und somit die weitere Zerstörung von Dörfern und Umsiedlungen der Bewohner*innen zu verhindern. Wir fordern die Kohlekommission und die Bundesregierung sowie RWE auf, angemessene Entschädigungen bzw. Alternativen für die derzeit noch in der Braunkohleindustrie Beschäftigten zur Verfügung zu stellen. Es müssen tragfähige Konzepte für einen Strukturwandel und zukunftsfähige Entwicklungsperspektiven für die betroffenen Regionen entwickelt werden.

Mehrheitlich bei sieben Neinstimmen beschlossen von der DBJR-Vollversammlung am 26./27. Oktober 2018 in Dresden.